



Newsletter des AKSH

Liebe Genossinnen und Genossen,

es wird Zeit, dass wir uns bei Euch melden, nachdem sich bereits so viele zur aktiven Mitarbeit in unserem Arbeitskreis gemeldet haben – oder weil sie auch nur Informationen über unsere Arbeit wünschen. Viele von Euch waren ja schon in säkularen oder humanistischen Netzwerken und Verbänden aktiv. Vor nunmehr einem Jahr ist der Parteivorstand dem Wunsch des Bundesparteitags (94 % Zustimmung) gefolgt und hat einen Arbeitskreis Säkularität und Humanismus eingesetzt. Inzwischen haben wir uns als Vorstand ein Selbstverständnis gegeben und fünf wichtige Themen für das Jahr definiert: Sterbehilfe, Ablösungen der Staatsleistungen, Schwangerschaftsabbruch, kirchliches Arbeitsrecht und säkulare Teilhabe. Mit diesen Themen setzen wir uns nicht nur intern auseinander, sondern haben zum Beispiel schon zusammen mit der ASF eine Veranstaltung zum Thema "Trennung zwischen Kirche und Staat aus weiblichem Blick" gemacht. Darüber hinaus ist es uns wichtig, uns regional zu vernetzen, aber auch dass es Ansprechpersonen zu säkularen Themen in jedem einzelnen Bundesland gibt. Daher haben wir die bereits in den Bundesländern bestehenden Arbeitskreise und entsprechende Kontaktpersonen auf unserer Homepage aufgeführt. Diese findet ihr [hier](#):

Am 6.Juli 2023, 20.00 Uhr möchten wir nun gemeinsam mit Euch Online über aktuelle Themen und auch über unsere Zusammenarbeit als Netzwerk sprechen. Dazu wählt Euch bitte über diesen [Link](#) ein:

Bitte gebt diesen Newsletter auch an andere interessierte Genoss*innen weiter und ladet sie ein, sich ebenfalls bei uns anzumelden <https://aksh.spd.de/mitmachen> Es gibt viel zu tun!

Schon jetzt dürfen wir euch zu unserem Jahrestreffen im Oktober 2023 nach Berlin einladen. Ausführliches Programm und konkreten Termin erhaltet ihr mit einem der nächsten Newsletter.

Carmen Wegge, MdB Sabine Smentek, Staatssekretärin a.D.

Bundessprecherinnen des AKSH

Aus Bund und Ländern:



Carmen Wegge: Aktuelles aus dem Bundestag

Das wichtigste säkulare Thema der nächsten anderthalb Monate wird für uns im Bundestag die Sterbehilfe sein. In den vergangenen Monaten haben die beiden Gruppen mit den liberalen Entwürfen verhandelt und sich nun auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt. Am 20. Juni werden wir daher in der Fraktion einen fraktionsoffenen Abend haben und wohl in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause (6./7. Juli) darüber entscheiden, wie assistierter Suizid in Deutschland geregelt sein wird.

Auch zum evangelischen Kirchentag in Nürnberg werden im Juni viele Bundestagsabgeordnete und Minister der SPD erwartet. Passend dazu habe ich mit dem Deutschlandfunk darüber gesprochen, ob wir die Kirchen noch brauchen.

<https://www.deutschlandfunk.de/brauchen-wir-die-kirchen-noch-tobias-haberl-v-carmen-wegge-dlf-f5a1e7cd-100.html>



Lale Akgün: Jetzt kommen die gut ausgebildeten Türken

Europa kann sich nach der Wiederwahl Erdogans auf eine Zuwanderung von gut ausgebildeten jungen Menschen aus der Türkei einstellen, die Deutschland angesichts des Arbeitskräftemangels gut gebrauchen kann, das erklärte Autorin Lale Akgün im MDR. Viele wollten nicht mehr unter Vorstellungen eines Diktators in einem Land ohne Meinungs- und Pressefreiheit bleiben, in dem selbst Lehrer und Ärzte unter der Armutsgrenze leben. Vor 60 Jahren seien vor allem sozial benachteiligte Menschen eingewandert, die ihre konservative Haltung an ihre Kinder und Enkel weitergegeben haben. Diese hätten in einer Parallelwelt mit anderen Werten als in einer demokratischen Familie gelebt und Erdogan sei für sie zu einer Art Vaterfigur geworden. Sie sei immer wieder entsetzt darüber, erklärte Akgün, wie sehr die Wahrheit in der öffentlichen Darstellung der Türkei verdreht werde. Erdogan habe eine sehr schlagkräftige Vorfeldorganisation mit über 1.500 Filialen von Ditib und Milli Görüs in Deutschland aufgebaut, die während des Wahlkampfes mit dem "Wir-und-ihr-Gefühl" Propaganda gemacht hat.



Baden-Württemberg: Ablösung der Altrechtlichen Staatsleistungen

Über die anstehende Ablösung der Altrechtlichen Staatsleistungen an die Kirchen spricht der Bundesvorsitzende der AK 60plus, Lothar Binding, beim Treffen des Gesprächskreises Baden-Württemberg des AKSH. Zu der öffentlichen Veranstaltung am Samstag, den 17. Juni 2023 um 15 Uhr wird in den Lotte-Lemke-Saal der AWO-Württemberg in Stuttgart-Feuerbach eingeladen. Der

ehemalige finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion befasst sich unter dem Thema „Mythos der wohltätigen Kirchen und der Frage, wer zahlt wirklich?“ mit den Kirchenfinanzen.

Bestärkt durch den Rückenwind der AK-Gründung auf Bundesebene streben die Baden-Württemberger Säkularen und Humanisten einen gleichnamigen Arbeitskreis nun auch im „Ländle“ an.



Berlin: Schwangerschaftsabbruch, Schulfach „Religion“, Neutralitätsgesetz#

Auch im Berliner AK Säkulare und humanistische Sozialdemokrat*innen ist die Liste der Themen auf dem Weg zu einem säkularen Staat lang. Durch die jüngste Koalitionsvereinbarung im Land wurde diese auch noch um den Punkt „Religion als ordentliches Lehrfach“ verlängert – wenn auch voraussichtlich nur parallel zu vielen weiteren Angeboten (Sprachen, Informatik, Darstellendes Spiel ...) in einem „Wahlpflichtband“. Auch wenn daher anzunehmen ist, dass das Angebot wegen mangelnder Attraktivität kaum angenommen werden wird: es ist und bleibt ein Ärgernis, dass Religion (wieder) zu einem versetzungsrelevanten, ordentlichen Lehrfach gemacht werden soll.

Fortgeführt wurde in den vergangenen Mitgliedsversammlungen auch die Diskussion zu einer Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. Gemeinsam mit Dr. Bertram Zwanziger (VRiBAG aD) und Gita Neumann (HVD-BB) wurden gewünschte Lösungen und politische Strategien diskutiert. Gerade als Sozialdemokrat*innen wollen wir im Prozess Haltung deutlich machen und die gesellschaftlichen Veränderungen nutzen, um „Druck im Kessel“ zu halten.

In den kommenden Monaten wird für uns insbesondere das Berliner Neutralitätsgesetz im Zentrum unserer Arbeit stehen. Dieses steht derzeit weniger durch die Koalition, sondern aus der eigenen Partei unter Beschuss. Die Landes-ASF hat einen Antrag mit einer „harten Forderung“ nach dessen Abschaffung gestellt und damit eine klare Kampfansage gemacht. Im Herbst erwarten wir daher eine heftige Auseinandersetzung innerhalb der Partei. Es gilt nun für uns Verbündete zu suchen und eine klare, gut argumentierte Gegenposition zu formulieren und als Antrag für den Landesparteitag einzureichen. In diesem soll dann nicht nur die historische und gesellschaftliche Bedeutung des Gesetzes deutlich werden, sondern auch, wie konkret auf die Entscheidung des BVG geantwortet werden kann.



Hamburg

Seit 2016 trifft sich alle zwei Monate ein Kreis säkular orientierter Sozialdemokrat*innen im Hamburger Kurt-Schumacher-Haus oder virtuell. Auch wenn dieser Kreis kein Antragsrecht auf Parteitag hat, hat er doch beträchtlich politische Wirkung im Hintergrund, auch durch seine personelle Einbindung in einen Partei-Arbeitskreis Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Hier treffen kontroverse Positionen unserer Partei zu Religions- und

Weltanschauungsfragen aufeinander. Mit großer Freude und großen Erwartungen wird im Hamburger Säkularen-Kreis der neue AKSH und seine ersten Positionspapiere wahrgenommen.



NRW: Jahrestreffen des Netzwerkes säkularer Sozis am 5./6. Mai in Münster

Unter dem Motto „Ethik / Religionskunde – Besser Gemeinsam! Für eine zeitgemäße Bildungspolitik“ traf sich das Netzwerk Säkularer Sozis in Kooperation mit der gbs-Hochschul-gruppe im Fürstenberghaus der Universität Münster zur Jahresversammlung 2023. Hochkarätige Referent*innen trugen vor und diskutierten miteinander: Prof Dr. Wanda Alberts, Religionswissenschaftlerin an der Uni Hannover und Herausgeberin des jüngst erschienenen „Handbuch Religionskunde in Deutschland“; Prof Dr. Helmut Kreß, ev. Sozialethiker an der Uni Bonn, und Autor des Buches „Religionsunterricht oder Ethikunterricht“; Dr. Dieter Galas, sozialdemokratischer Schulpolitiker (und ehemaliger GEW-Vorsitzender) in Niedersachsen; JProf. Dr. Alexander Unser, kathol. Fachdidaktiker an der TU Dortmund; Dr. Inga Tappe, Fachverband Ethik, BaWü.